

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 31 (1990)  
**Heft:** 23

**Artikel:** Unser Fehlstart in die Demokratie  
**Autor:** Juozaitis, Arvydas  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093038>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 19.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Arvydas Juozaitis, Vilnius

# Unser Fehlstart in die Demokratie

Is die litauische Bevölkerung beim Test für demokratischen Willen durchgefallen, während sie den Test für ihren Unabhängigkeitswillen bestanden hat? Hier geht ein Sajudis-Exponent mit dem Sajudis-Regiment seiner Heimat ins Gericht. Das konkrete Thema gehört mindestens am Rand auch zur allgemeinen Thematik der postsozialistischen Länder, wo Sammelbewegungen gegen die Diktatur zu einem Problem für das normale politische Leben werden können, wenn sie erst einmal gesiegt haben. Dieser Beitrag ausserhalb der üblichen Fronten ist zur Schaffung von Nachdenklichkeit bei Parteinehmenden aller Art geeignet.

Dem Autor sind die Zeitbild-Leser schon begegnet. Arvydas Juozaitis vom litauischen Sajudis-Vorstand war schon vor eineinhalb Jahren in Bern und schilderte uns als «manierlicher Sezessionist» die damalige Lage (Nr. 14/1989). Nun hat er uns den Text eines Vortrags zugestellt, den er am 17. Oktober in Kaunas (Litauen) gehalten hat.

Wir Europäer hier an der etwas abseits gelegenen baltischen Küste haben uns in diesem Jahrhundert zweimal unvermittelt in historischen Ausnahmesituationen befunden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden wir für den Westen verlorene Nationen und für den östlichen Nachbarn wohlfeile Territorialerwerbungen. Einigkeit in den sonst verfeindeten Lagern herrschte darüber, dass wir dem gesamteuropäischen Wohl zu opfern seien.



6 Arvydas Juozaitis

Heute ziehen die baltischen Staaten das Interesse aus Ost und West wiederum auf sich. Wir werden zum Prüfstein einer Demokratisierung, und es ist die Rolle eines Testobjekts, der äussersten Belastung mit ihren Eventualfolgen ausgesetzt zu werden. Dem Westen liegt an der geregelten Durchführung des Experiments, und die veränderungswilligen Kräfte im Osten hegen durchaus die Hoffnung, dass die frischen Triebe der Demokratie am Rande des Territoriums mithelfen könnten, dem zerfallenden Imperium neues Leben zu geben. Tatsächlich bietet sich die Demokratie als Medikament gegen das offenbar gewordene Siechtum der vorhandenen Organe an, und ein anderes Mittel ist nicht in Sicht.

Wie sich Demokratie unter den gegebenen Bedingungen machen lässt, ist allerdings die Frage. In Litauen, im Baltikum und auch darüber hinaus.

Von grosser Wichtigkeit ist es, dass sich der Niedergang des Imperiums friedlich angelassen hat: 1989 gestatteten uns die Behörden freie Wahlen (*zum Volksdeputiertenkongress der UdSSR*). Das war eine einzigartige Chance, und in allen drei baltischen Staaten wurde sie genutzt, weil sich schon zuvor die spontan entstandenen Volksfrontbewegungen strukturiert hatten und in einem wahltauglichen Zustand antraten. Die Volksfrontbewegung im Baltikum unterschied sich von der Volksfrontbewegung in Russland und anderswo in einer ihrer Zielsetzungen. Wir strebten nach staatlicher Unabhängigkeit, und wir tun es immer noch.

Die gesetzliche Ausrufung dieses Anspruchs erfolgte in Litauen am 11. März 1990 aufgrund der freien Wahlen in das Parlament dieser Republik.

Das war ein demokratischer Entscheid, und wir wären unsern nächsten Nachbarn (*in Osteuropa*) dankbar, wenn sie ihn anerkennen könnten, auf staatlicher Ebene vorzugsweise und sonst auf der Ebene gesellschaftlicher Organisationen. Das würde uns Kenntnisnahme einer angestrebten Wiedergeburt im demokratischen Geist bedeuten.

Anders verhält es sich mit den Ländern des alten Europas. Diese haben ihr tief verwurzeltes Regelwerk funktionierender Demokratien. Demgegenüber ist unsere Inangriffnahme der Demokratie populistisch ausgefallen, was dem benötigten gemeinsamen Verständnis der übergeordneten Sache im Wege liegt. Wir werden uns schon in der nächsten Zukunft andere politische Sitten zulegen müssen, weil wir es uns einfach nicht leisten dürfen, auf einer primitiven Stufe der Demokratie zu verharren. Ich möchte da etwas weiter ausholen.

Litauen ist keine Oase in einer politischen Wüste, und es hat keine speziell demokratischen Traditionen, an die sich anknüpfen liesse. Was wir ererbt haben, ist eine vorwiegend christlich inspirierte Kultur mit gewissen demokratischen Ansätzen in diesem Sinn. Zu den europäischen Erstlingen ihrer Art hat die sogenannte Litauische Satzung gehört, ein der Vernunft zugängliches Gesetz, das seit dem 16. Jahrhundert das gesellschaftliche Leben der Litauer und ihrer Nachbarn regelte. Ebenfalls seit dem 16. Jahrhundert haben wir die Universität von Vilnius, die älteste Universität in diesem Teil Europas, einen frühen Vermittler geistiger Aufklärung. Niemand wird diese historischen Werte missachten wollen, aber sie können nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir keinerlei Erfahrung mit der modernen repräsentativen Demokratie haben. Wir sind noch sehr weit entfernt von Begriff und Handhabung einer Gewaltentrennung oder einer ordnungspolitisch kontrollierten Regierungstätigkeit. Und diese unsere Mängel sind nicht ausschliesslich auf die Periode sowjetischer Okkupation zurückzuführen.

Nach dem Ersten Weltkrieg und nach unserer Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit funktionierten unsere gewählten legislativen Behörden nur bis 1926. Es folgte ein militärischer Staatsstreich, und ein autoritäres Regime beherrschte die nächsten 14 Jahre bis zu unserer Einverleibung durch das sowjetische Imperium.

Engagement für Demokratie gründete in der Vorkriegszeit auf unsern geistigen und kulturellen Traditionen. In diesem Bewusstsein veröffentlichten 16 Intellektuelle, denen die

nationale Unabhängigkeit nicht genügte, 1936 einen Aufruf zur Schaffung eines organischen Staatswesens. Das war der erste kohärente Versuch, demokratische Ansprüche modernen Zuschnitts an das politische System zu stellen. Nach dem Verschwinden des unabhängigen Litauens setzten die Intellektuellen, nunmehr Emigranten im Westen, ihre Arbeit unter den Bedingungen einer freien Ordnung fort. 1955 beendeten sie ihren Entwurf. Unter dem Titel «Unser Weg zu einer ganzen Demokratie» wurde er zu einem politischen Manifest für die Zukunft Litauens. Es ging – neu für unser Land – um politische Prinzipien, die keiner ideologischen Inhalte bedurften, um gültig zu sein. Solche im weitesten Sinne des Wortes sekuläre Prinzipien sind es, welche heute in der Welt freiheitliche Politik ermöglichen und definieren.

Es ist selten, dass ein Volksaufstand ohne Blutvergiessen stattfindet, aber das ist es, was sich im Baltikum ereignet hat. Ein Aufstand in verschiedenen Phasen einer friedlichen Entwicklung.

Die Ausgangslage wurde 1988/89 abgesteckt durch die Kompromisse, zu denen sich die sowjetischen Behörden veranlasst sahen. Sie liessen es im Falle Litauens zu, dass akademische Kreise ihre Konzepte zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit und zur nationalen Bildungspolitik ausarbeiteten. Gleichzeitig legten die Akademie der Wissenschaften, die Sajudis und der Oberste Sowjet Litauens ihre initiativsten Kräfte zusammen, um eine neue Staatsverfassung zu schaffen. Durch Nachwahlen gelangten mehrere radikale Sajudis-Leute in das Parlament und wirkten dort als Ferment.

In dieser Phase bediente sich die Bewegung der sowjetischen Strukturen. Gleichzeitig weitete sie sich aus und erfasste die Repräsentanten ordnungspolitischer Gegensätze. Bis dahin unversöhnliche Kräfte arbeiteten rational zusammen, und bald ging die ganze divergierende Gesellschaft gemeinsam einem vernünftigen und erstrebenswerten Ziel zu, der Unabhängigkeit des litauischen Staates.

In jener Phase kam es zu einer weiteren Erscheinung von grosser Wichtigkeit: Der Monolith marxistisch-leninistischer Ideologie zerfiel innerhalb eines einzigen Jahres zu Staub. Die friedliche Revolution brachte ein neues Denkvermögen der Menschen an den Tag, und die sowjetischen Stereotypen waren wie weggeblasen.

Von den Mythen, welche die Öffentlichkeit 50 Jahre lang beherrscht hatten, will ich drei erwähnen. Der erste Mythos sagte, die sogenannte sozialistische Revolution in Litauen entspreche – wie anderswo – einem historischen Gesetz. Der zweite Mythos sagte, jene Revolution sei friedlich verlaufen. Der dritte

Mythos sagte, sie habe uns den grossen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt gebracht. Nun brachte keiner dieser Mythen die geringste Widerstandskraft auf, als man die Geschichte freilegte und das Schreiben freistellte. Die sogenannte sozialistische Revolution, so erwies sich in aller Selbstverständlichkeit, war nicht als historisches Gesetz über uns gekommen, sondern als Okkupation, und sie brachte an Fortschritt besonders wenig zustande.

Die Kombination der Erscheinungen lähmte die sowjetischen Repressionsstrukturen um so mehr, als wir nicht allein waren. Es gab ein gemeinsames Vorgehen der baltischen Staaten, und es gab im ganzen europäischen Teil der Sowjetunion mehrere Revolutionen, antisowjetische und friedliche Revolutionen. Wir müssen zugeben, dass wir für unsere Entwicklung von dieser Einbettung profitiert haben.

So kamen wir ans Ende der ersten Periode unserer Befreiung von einer Zwangsideologie mit ihrem Zwangssystem.

Aber wir haben immer noch Mühe, mit dem pluralistischen Denken und mit dem demokratischen System an den Anfang zu kommen.

Eigentlich hätte es sich um eine logische Sache handeln müssen; mit der Abhaltung der ersten freien Wahlen war ja der Weg zur repräsentativen Demokratie schon eingeschlagen. Aber wir haben ihn nicht in dieser Ratio beschritten.

Die Verschüttung des guten Weges beruhte vor allem auf der Tatsache, dass die Leute auf ihrem Urnengang nicht für dieses oder jenes politische Programm eintraten, sondern gegen Okkupation und Kommunismus antraten.

Die Sajudis gewann die Wahl, ohne ein Konzept für ihren Umgang mit Moskau vorzulegen und ohne diesbezügliche Leistungen erbracht zu haben. Gefragt war nichts ausser schierer Konfrontation, der Ablehnung von ungefähr allem, was sowjetische Herkunft hatte. Tausende von litauischen Staatsbürgern, innerhalb der alten Strukturen beschäftigt, sahen sich en bloc abgelehnt, als Berufstätige und als Personen. Dem entspricht die offizielle Politik unserer gewählten Volksvertretung. Das hat bereits erhebliche Teile unserer Wohnbevölkerung dem Parlament entfremdet und zu Konflikten zwischen der Legislative und exekutiven Behörden geführt, insbesondere unserm Ministerrat.

Welcher Art ist denn nun diese Demokratie? Die Meinung, dass der Sieger zur Unterwerfung der Unterlegenen berechtigt ist, die kennen wir schon, denn sie hat zum Wesen der sowjetischen «Demokratie» gehört.

Bis heute haben wir noch kein unabhängiges Rechtssystem, sondern begnügen uns mit den bloss anders bemannten Strukturen der sowjetischen Herrschaft.

Weder in ihrem Geist noch in ihrer Praxis hat unsere gesellschaftliche Tätigkeit das minderheitserfassende Kooperationsstadium erreicht, das nicht zuletzt in unserem Kampf für die staatliche Unabhängigkeit so nützlich wäre.

Unser Parlament traut unserer Regierung nicht und streut deren Befugnisse nach Tagesbedürfnis unter die gesellschaftlichen Kräfte. Wir haben ein System eingeführt, laut welchem Minister auch ihren Platz im Parlament haben, und entfernen sie dann unter Berufung auf eine «Gewaltentrennung», die wir nach einem Streitfall plötzlich entdecken. Das alles geschieht in einem Land, das von sich sagt, es habe eine parlamentarische Demokratie.

Heute gibt es keine handlungsfähigen politischen Kräfte, welche die politischen Sitten von innen her zu ändern vermöchten, und zwar deshalb, weil keine einzige politische Partei als solche im Parlament vertreten ist. Was es an politischen Parteien überhaupt gibt, lebt auf Kleinversammlungen von Individuen, und die realen politischen Auseinandersetzungen werden nach ideologischen (*nationalen*) Einteilungskriterien ausgetragen, ohne dass ein Wettbewerb gesellschaftlicher Interessen stattfände.

Auf dieser Welt kann keine staatliche Unabhängigkeit auf politischen Mitteln allein beruhen, und wir müssen uns auch die Wirtschaft anschauen. Unsere äussere Befreiung durch staatliche Unabhängigkeit bedarf der innern Befreiung durch Demokratie, und diese wiederum könnte mit der Befreiung der jeweiligen wirtschaftlichen Bevölkerungsinteressen zu tun haben. Das ist ein Thema für mich als Nationalökonom, aber es ist nicht das Thema dieser Ausführungen. ■